Nr. 350 1. Ausgabe

Sonntag, 24. Dezember 1916

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

Größte Verbreitung in Sachsen

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 37, Expedition Nr. 13 6 36, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte [illegible] Originalpreisen und -rabatten an.

Bezugspreis: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 90 Pf., vierteljährlich 2,70 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,00 Mk., vierteljährlich 3,00 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" oder „Dresdner Fliegende Blätter" je 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,00 Mk., vierteljährl. 3,00 Mk. B mit „Illustr. Neueste" 1,15, 3,45.
In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,79 Kr., vierteljährl. 5,37 Kr. B mit „Illustr. Neueste" 1,97, 5,90.
Nach d. Auslande im Kreuzb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Tulcea an der untern Donau besetzt

Ernennung des Grafen Ottokar Czernin zum österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern. — Wie die Friedensnote Wilsons aufgenommen wird. — Die englische Botschaft in Petersburg bei Straßenunruhen gestürmt.

Wechsel im Wiener Auswärtigen Amt

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

ld. Wien, 23. Dezember

Graf Ottokar Czernin, der frühere Gesandte in Bukarest, wurde zum Minister des Aeußern ernannt, Baron Burian wird wieder gemeinsamer Finanzminister. Dieser wurde mit einem außerordentlich gnädigen Handschreiben, das den Ausdruck der wärmsten Anerkennung enthält, von seinem jetzigen Amt enthoben und unter Verleihung der Brillanten zum Großkreuz des Stephansordens in sein früheres Amt wieder eingesetzt. Die huldvolle Art der Enthebung beweist, daß die Krone mit Burians Politik zufrieden war und sich an dieser Politik nichts ändern wird. Der Kurs bleibt derselbe. Da Burian weiter Mitglied des Kabinetts bleibt, bleibt diesem auch seine reiche staatsmännische Erfahrung erhalten. Die Ernennung des Grafen Czernin soll aber, wie zuständigenorts betont wird, die Führung der Geschäfte insofern erleichtern und kraftvoller gestalten, als Czernin nicht nur der besondere Vertrauensmann der Krone ist, sondern auch dem neuen österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Clam und dem Feldmarschall Conrad v. Hötzendorf besonders nahesteht und überdies mit dem Grafen Tisza eng befreundet ist. Es handelt sich also um eine Art geistiger Konzentration, indem ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten aller maßgebenden Faktoren in diesem besonders wichtigen Momente durch die Betrauung möglichst gleichgesinnter und gleichgestimmter Elemente mit den wichtigsten Ressorts gesichert werden soll. Das war bei Burian, der mehr ein in sich gekehrter, verschlossener Charakter war, nicht allezeit leicht möglich. Jetzt sind alle Spitzen mit einander auch persönlich nahestehenden, sich rückhaltlos aussprechenden Staatsmännern besetzt. Graf Ottokar Czernin v. Chudenitz ist 1872 geboren. Er war Konzeptsaspirant am Ballplatz, dann Attaché an der Botschaft in Paris, 1902 Legationssekretär im Haag, darauf Gesandter in Bukarest. Im Oktober 1912 wurde er Mitglied des Herrenhauses.

Bei den drei gemeinsamen Ministerien: Aeußeres, Krieg und Finanzen ist es üblich, eines mit einem Ungarn zu besetzen. Da nun Czernin und Krobatin Oesterreicher sind, war das gemeinsame Finanzministerium mit einem Ungarn zu besetzen. Darum mußte Prinz Hohenlohe dem Baron Burian Platz machen. Prinz Hohenlohe wird wahrscheinlich einen andern hohen Posten erhalten.

Angriffe englischer und französischer Abteilungen abgewiesen

× Großes Hauptquartier, 23. Dezember. (Amtlich.) (Eingegangen 2 Uhr 45 Min. nachm.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg:

Im Ypern- und Wytschaetebogen erreichte gestern der Artilleriekampf erhebliche Stärke. Südöstlich von Ypern griffen englische Abteilungen an; sie wurden durch Feuer, an einer Stelle im Nahkampfe, zurückgetrieben.

Südlich von Boesinghe drangen mehrere Patrouillen in die feindlichen Gräben und brachten Gefangene, Maschinengewehre und Beutestücke zurück.

Heeresgruppe Kronprinz:

An der Champagne- und Maasfront nur geringe Feuertätigkeit.

In den Vogesen nordwestlich von Münster haben deutsche Streifkommandos einen französischen Sappenposten auf.

Bei Frapelle östlich von St.-Dié und südlich des Rhein-Rhone-Kanals wurden nach starker Artillerievorbereitung angreifende französische Abteilungen abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern:

Nichts Wesentliches.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph:

In den Waldkarpathen mehrfach Patrouillenunternehmungen, bei denen Gefangene und Maschinengewehre eingebracht wurden.

Südlich von Mestecanesci nahmen österreichisch-ungarische Abteilungen eine jüngst aufgegebene Vorstellung den Russen wieder ab.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen:

In der Dobrudscha stürmten die verbündeten Truppen mehrere russische Nachhutstellungen und besetzten Tulcea an der unteren Donau.

Die Gefangenenzahl hat sich auf über 1600 erhöht; mehrere Maschinengewehre waren die Beute.

Mazedonische Front:

Am Dojran-See Artilleriefeuer. In der Struma-Ebene Vorpostengefechte.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Wilsons Friedenswunsch

Die Note des Präsidenten Wilson an die kriegführenden Mächte, die jetzt im Wortlaut vorliegt, und die wir auf Seite 2 dieser Ausgabe veröffentlichen, hat bisher weder in Deutschland noch in England allgemeine Zustimmung gefunden, wenn auch die Gründe für die jeweilige Stellungnahme ganz und gar entgegengesetzter Natur sind. Daß der Teil der englischen Presse, der von Northcliffe geführt oder beeinflußt ist, gleich in ein wildes Geschrei über die Aktion der Vereinigten Staaten ausbrechen würde, war von vornherein nicht anders zu erwarten. Es wiederholt sich jetzt dasselbe Schauspiel, das wir beim Bekanntwerden des deutschen Friedensangebotes erlebt haben. Der laute Ton dieser Blätter, der sich bis in die Reihen der liberalen Zeitungen fortpflanzt, wirkt aber ebensowenig wie damals überzeugend und man darf der begründeten Meinung sein, daß es sich weit mehr um eine geschickte Mache als um den echten Ausdruck wirklicher Ueberzeugung handelt. Sehr lehrreich ist in diesem Sinne der Vergleich zwischen der schroffen Ablehnung der Londoner „Times", die die Möglichkeit zum Frieden natürlich nur in der Vernichtung Deutschlands sieht, und dem, was das gleiche Blatt sich von seinem Washingtoner Korrespondenten melden läßt, der die Note Wilsons als eine durchaus ernst zu nehmende Angelegenheit bezeichnet, die nicht einen „deutschen Frieden" bezwecke. So schimpft man in London, um durch die Hintertür in Washington hinausschlüpfen zu können. Das Doppelspiel ist allerdings nur zu leicht zu durchschauen.

Anders verhält es sich mit dem Standpunkt, den man in Deutschland zu der ganzen Frage einnimmt. Wer hätte sich bei uns mit der Art von Neutralität, wie die Vereinigten Staaten sie während des ganzen Kriegsverlaufs ausgeübt haben, befreunden können? Niemand kann es uns verdenken, wenn wir auch jetzt, wo es sich um den Abschluß des Krieges durch einen Frieden, der uns annehmbar erscheint, handelt, ernstlich fragen, ob Herr Wilson, der mit seinem Namen und seinem Amt die bisherige Politik der Vereinigten Staaten gedeckt hat, wirklich den Grad neutraler Gesinnung zu dem bedeutsamen Werke mitbringt, daß die Frage, die jetzt angeschnitten worden ist, überhaupt unter seiner Mitwirkung in einer solchen Weise geregelt werden kann, wie sie unsern Bedürfnissen entspricht. Anderseits sind wir aber auch der Meinung, daß man in dem Mißtrauen, das, wie gesagt, an und für sich gesund und berechtigt ist, im ersten Augenblick doch etwas zu weit gegangen ist.

Denn um was handelt es sich bei der von Wilson jetzt eingeleiteten Aktion? Die Mittelmächte haben in feierlicher Weise durch eine amtliche Note den Feinden den Vorschlag gemacht, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wie dieser Vorschlag bei unsern Gegnern aufgenommen wurde, ist hinlänglich bekannt. Immerhin steht die offizielle Antwort des Vierverbandes, die gleichfalls in einer amtlichen, gemeinsamen Note niedergelegt werden soll, noch aus. Es heißt — aber eine Gewißheit darüber liegt ebenfalls noch nicht vor —, daß unsre Gegner uns auffordern, unsre Kriegs- oder vielmehr Friedensziele im einzelnen bekanntzugeben. Jedenfalls, solange die amtliche Entgegnung unsrer Feinde den Regierungen des Vierbundes nicht übermittelt worden ist, hat es keinen Zweck und würde politisch nicht einmal klug sein, sich hier irgendwie festzulegen. Wenn unsre Gegner behaupten, sie hätten ihre Ziele bekanntgegeben („Genugtuung, Wiederherstellung, Sicherheiten"), so ist das nichts als eitel Spiegelfechterei, wogegen wir anführen können, daß Deutschland in der Bekanntgabe seiner Friedensbedingungen mindestens weitergegangen ist, wie ja noch die letzte Rede des Reichskanzlers und der Wortlaut der Friedensnote für jeden Unvoreingenommenen zur Genüge beweist. Der große Unterschied liegt nur darin, daß unsre Feinde direkte Eroberungsziele ausgesprochen haben, wie die Abtrennung Elsaß-Lothringens und die Aufteilung der Türkei, während der Deutsche Reichskanzler den Eroberungswillen verneint und nur feste Bürgschaften zur völligen Sicherung unsrer Grenzen verlangt hat. Insofern mindestens weiß man also nicht recht, womit Präsident Wilson seine Behauptung, daß die Ziele beider Mächte die gleichen seien, begründen will. Der Unterschied zwischen dem Eroberungswillen unsrer Gegner und unserm Sicherungsziel scheint uns meilenweit.

Sieht man aber von diesen gewiß nicht unwichtigen Einzelheiten ab, über die noch später zu sprechen sein wird, und nimmt den Kern des Wilsonschen Vorschlags, so können wir keinen Grund erkennen, warum man sich hier von vornherein auf einen ablehnenden Standpunkt stellen sollte. Herr Wilson will lediglich Vergleiche über die Möglichkeit einer Verständigung anstellen. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß ein Weg gefunden werden muß, auf dem man sich gegenseitig über seine Absichten unterrichtet. Wenn die Mittelmächte ihr Ziel allein durch die Waffen hätten erreichen wollen, so hätte der Friedensvorschlag überhaupt nicht gemacht zu werden brauchen. Und daß für uns das Ziel auf den Schlachtfeldern erreicht werden könnte, wenn wir wollen, das hat Hindenburg noch jüngst in unzweideutigen Worten ausgesprochen. Wenn von den Mittelmächten aber die „Menschheitsfrage des Friedens" gestellt worden ist, so ist der Weg, den unsre Regierungen und Völker einzuschlagen gewillt sind, klar genug vorgezeichnet und bedarf keiner weiteren Begründung. Auf diesem Wege kann die Anregung Wilsons ein wertvoller Dienst sein, den abzulehnen vorläufig keine Veranlassung vorliegt. Unbeschadet aller Einwendungen, die man gegen Einzelnes erheben mag.

C. P.

Aus dem englischen Unterhaus

Im englischen Unterhaus stellte der Abg. Peto die folgenden Fragen: 1. ob der Dampfer „Brüssel" bei Gelegenheit seines angeblichen Rammversuchs gegen ein deutsches Unterseeboot unbewaffnet gewesen sei, 2. ob die Antwort Deutschlands im Falle des Kapitäns Blakie von der „Caledonia", in der angedeutet werde, daß man, wenn die „Brüssel" bewaffnet gewesen sei, das Vorgehen ihres Kapitäns in anderm Lichte betrachtet haben würde, in Uebereinstimmung mit der Ergänzung zum deutschen Marineprisengesetz stehe, welche die Bewaffnung von Handelsschiffen und die Stellung der Mannschaften dieser Schiffe betreffe und im Juni 1914 veröffentlicht worden sei, 3. ob die Regierung sofort Schritte tun wolle, um Einwände zu beseitigen, die von irgendeinem neutralen Lande gegen die Bewaffnung von Handelsschiffen zu Verteidigungszwecken erhoben würden, und ob die Regierung unverzüglich Vorkehrungen treffen wolle, um englischen Handelsschiffen eine ausreichende Schutzbewaffnung zu geben und die gesetzliche Stellung der Offiziere und Mannschaften dieser Schiffe festzulegen.

Marineminister Carson erwiderte, die Regierung könne keinen Unterschied zwischen den Rechten unbewaffneter Handelsschiffe und solcher anerkennen, die zu Verteidigungszwecken bewaffnet seien. Die deutsche Regierung verfolge zweifellos das Ziel, die Begriffe des offensiven und defensiven Vorgehens zu verwirren, um die Neutralen dazu zu bringen, zu Verteidigungszwecken bewaffnete Schiffe als Kriegsschiffe zu behandeln. Die Stellung Englands sei vollkommen klar, nämlich daß Handelsschiffe seit undenklichen Zeiten das Recht besessen hätten, sich gegen Angriffe, Betreten oder Durchsuchung von seiten des Feindes mit allen Mitteln, die sie hätten, zu widersetzen, doch dürften sie den Feind zum Angriff nicht aufsuchen, da dies den dazu bestimmten Kriegsschiffen vorbehalten sei. Soweit er unterrichtet sei, teilten alle neutralen Mächte ohne Ausnahme diese Ansicht, die auch in den Prisenvorschriften der Deutschen selbst klar angedeutet sei. Die beteiligten Regierungsämter widmeten der Frage der Bewaffnung zu Verteidigungszwecken in Theorie und Praxis fortdauernd ihre Aufmerksamkeit.

Eine holländische Entgegnung

Der „Nieuwe Rotterd. Courant" wendet sich gegen die Bemerkung Lord Robert Cecils, daß es „einen unangenehmen Eindruck" in England gemacht habe, daß Holland keine bewaffneten Handelsschiffe in seinen Häfen zulassen will. Das Blatt erklärt, daß jene Bemerkung in Holland einen einigermaßen sonderbaren Eindruck machen müsse, da die Entscheidung der holländischen Regierung der englischen Regierung seit Jahr und Tag bekannt sei. Das Blatt erklärt diesen Entschluß der holländischen Regierung für völlig gerechtfertigt und durchaus im Einklang mit dem Völkerrecht. Die strenge Hafenordnung, die sofort beim Ausbruch des Krieges in Holland eingeführt wurde, erkläre sich einfach aus der äußerst exponierten Lage des Landes. Die neue Hafenordnung sei ausdrücklich mit Rücksicht auf die Möglichkeit eingeführt worden, daß die nach holländischen Häfen fahrenden britischen Handelsschiffe bewaffnet werden könnten. Das Blatt spricht die Erwartung aus, daß, falls die englische Regierung etwa einen Druck ausüben wollte, um die neue Hafenordnung zu ändern, die holländische Regierung an ihrem Entschluß ebenso festhalten werde, wie sie es bei der Internierung der britischen und deutschen Unterseeboote getan habe, die in holländischen Gewässern betroffen worden seien.

Die englische Thronrede

× London, 22. Dezember. (Reuter)

Die Thronrede, mit der das Parlament heute vertagt wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„In all den Monaten, die seit meiner letzten Ansprache verflossen sind, haben meine Flotte und meine Armee im Verein mit denen unsrer tapferen und treuen Verbündeten durch ihre unaufhörliche Wachsamkeit und ihren unbezähmbaren Mut das hohe Vertrauen gerechtfertigt, das ich in sie gesetzt habe. Ich habe die Zuversicht, daß der lange Kampf und ihre Anstrengungen, die durch die unbeugsame Entschlossenheit all meiner Untertanen in dem ganzen Reiche unterstützt worden sind, schließlich die siegreiche Verwirklichung der Ziele erreichen werden, für die ich in diesen Krieg gegangen bin. Meine Regierung ist rekonstruiert worden, und sie wird allein die Förderung dieser Ziele unverändert und unbeeinträchtigt im Auge haben.

Meine Herren vom Unterhaus! Ich danke Ihnen für die unbeschränkte Freigebigkeit, womit Sie fortfahren, Mittel für die Kriegskosten zu beschaffen. Eine energische Fortsetzung des Krieges muß unser einziges Streben sein, bis wir die Rechte, die unsre Feinde so rücksichtslos verletzt haben, wiederhergestellt und die Sicherheit Europas auf feste Grundlagen gestellt haben. In dieser heiligen Sache fühle ich mich der einmütigen Unterstützung aller meiner Völker sicher, und ich bete zu dem allmächtigen Gott, daß er uns seinen Segen geben werde.

Das Parlament ist bis auf den 7. Februar vertagt."

Lärmszenen in der Duma

Wegen ihrer Angriffe auf Trepow waren die russischen Sozialdemokraten und andre friedensfreundliche Abgeordneten von den Sitzungen ausgeschlossen worden, wodurch bei der Kriegsrede Pokrowskis die von der Petersburger Telegraphenagentur gemeldete „einmütige" Aufnahme der Erklärungen ermöglicht wurde. Wie aus Stockholm berichtet wird, spielten sich nun in der Duma nach dem Wiedererscheinen der Sozialdemokraten riesige Lärmszenen ab. Sämtliche Sozialdemokraten und Vertreter der Arbeiterpartei geißelten in den schärfsten Worten den von dem Dumapräsidenten gemachten Versuch, die öffentliche Meinung mundtot zu machen. Der Sozialdemokrat Tuljakow erklärte: „Wir hätten zweifellos die Abweisung des Friedensangebotes formell abgelehnt, und zwar aus folgenden Gründen: Wir stehen mehr denn je auf dem Standpunkte, daß wir den Frieden brauchen. Aber durch die schädigen Manöver des Dumapräsidenten (ungeheurer Lärm) ist uns jede Meinungsäußerung abgeschnitten gewesen. Wir legen darum Protest ein und verlassen den Saal als Symbol, daß uns nichts mit der kriegshetzerischen Duma verbindet." Darauf protestierte der Arbeitervertreter Januschkewitsch gegen die verbrecherische Verletzung der Statuten der Duma, die durch den Präsidenten gewaltsam des Rechts beraubt wurde, in der allerwichtigsten Frage des Staatslebens ihre Meinung gebührend zum Ausdruck zu bringen. Die Duma, die in fremdem Auftrage diesen Schritt unternommen habe, möge die Verantwortung tragen. Die Massen der Hauptstadt hätten gesagt, was sie von solchem Vorgehen halten.

Angriff auf die englische Botschaft in Petersburg

* Stockholm, 23. Dezember

Wie aus unbedingt zuverlässiger Quelle verlautet, erfolgten in Petersburg Straßenunruhen, die in erster Linie gegen die englische Botschaft gerichtet waren. Eine zahlreiche sehr erregte Menge versammelte sich vor der englischen Botschaft. Anfangs beschränkte man sich auf Drohungen, nachdem aber das erste Fenster vom Pöbel eingeworfen worden war, stürmte die Menge in das Botschaftsgebäude und zertrümmerte einen Teil der Einrichtung.

20 Kilometer vor Braila

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

-l- Lugano, 23. Dezember

Der Züricher „Tagesanzeiger" meldet, daß die türkisch-bulgarischen Truppen bis auf 20 Kilometer vor Braila angekommen sind. Starke russische Kräfte halten die Brückenköpfe am unteren Lauf der Donau besetzt. (kf)

Der Rückzug der Russen über die untere Donau

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

-l- Graz, 23. Dezember

Der militärische Mitarbeiter der „Tagespost" schreibt: Die Lage bei der Mitte unsrer Angriffsfront in Rumänien blieb unverändert; dagegen ist der Vormarsch der Bulgaren in der Dobrudscha weiter nordwärts gediehen und führte im Hügelgelände südlich Tulcea-Isaccea zu Kämpfen mit starken russischen Nachhuten, die anscheinend die Aufgabe haben, den Rückzug der Hauptmasse des Feindes auf das Nordufer der unteren Donau zu decken. Aber auch auf dem westlichen Flügel der rumänischen Angriffsfront ist seit gestern gesteigerte Tätigkeit unsrer Truppen zu bemerken. Es wird erhöhte Tätigkeit der Artillerie vom Norden gemeldet. (kf)

Die Hoffnung auf Sarrail

* Kopenhagen, 23. Dezember

Nach einer Petersburger Meldung haben die Erklärungen Lloyd Georges in Petersburger militärischen Kreisen neue Hoffnungen erweckt. Man hatte über die Lage an der rumänischen Front ernste Besorgnisse gehegt. Jetzt rechnet man namentlich mit einem kräftigen Vorstoß Sarrails, der, sobald er in Griechenland freie Hände hätte, imstande wäre, seine Kraft zu entfalten und die Lage in Rumänien zu erleichtern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-1916122401/1